

„Soziales Engagement kann nur gewinnen“

PNP-Stiftung vergibt zum ersten Mal einen Stiftungspreis und zeichnet Gymnasien für Einsatz aus

Von Nina Kallmeier

Passau. Einen Stiftungspreis für soziales Engagement, den hat die Stiftung der Passauer Neuen Presse heuer zum ersten Mal ausgelobt und die Gymnasien des Verbreitungsgebiets aufgerufen, soziale Projekte der Schulen einzureichen – die Resonanz war überwältigend. „Impulse für soziales Engagement werden schon früh gesetzt“, sagte die Stiftungsbeauftragte Eva Maria Fuchs zur Begrüßung mit Blick auf die Schüler und Lehrer, die gestern zur Preisverleihung ins Medienzentrum der Passauer Neuen Presse kamen.

Ob Unterstützung für Kinder und Bauern in Nicaragua, Brasilien und Uganda, Solidaritätsmärsche für soziale Projekte, ein Sportfest für Schüler mit und ohne Behinderung oder mit Tutoren durch das Jahr – die Projekte unter dem Motto „Von Mensch zu Mensch“, die 20 Gymnasien einreichten, haben die Fachjury um Dieter Prenninger-Hackl, Jugendpfleger der Stadt Altötting, so begeistert, dass sie neben dem ersten bis dritten Platz, der gleich dreimal vergeben wurde – dotiert zwischen 2000 und 1000 Euro – auch zwei Sonderpreise in Höhe von 1000 Euro für Nachhaltigkeit auslobte. Kultusstaatssekretär Bernd Sibler lobte als Schirmherr den „Von-Mensch-zu-Mensch-Sozialpreis“ als Zeichen der Ermutigung. Und auch die Stiftungsbeauftragte betonte: „Soziales Engagement kann nur gewinnen und die Einsatzbereitschaft jeder Schule soll anerkannt werden.“ Daher erhielten auch die 15 weiteren Schulen eine Urkunde sowie einen Preis in Höhe von 100 Euro.

Viele Projekte seien sich so ähnlich, dass letztendlich Kleinigkeiten über die ersten Plätze entschieden hätten. Die breitgefächerte Hilfe und der hohe Schülereinsatz



„Von Mensch zu Mensch“: 20 Gymnasien des Verbreitungsgebiets haben sich um den Preis der PNP-Stiftung beworben. Vertreter von ihnen sind zur Preisverleihung ins Medienzentrum der Passauer Neuen Presse gekommen. Weitere Bilder finden Sie im Internet unter www.pnp.de. – Fotos: Jäger

auch außerhalb der Schulzeit zeichneten das Siegerprojekt mit dem Titel „Iluminado – Ein Licht für Nicaragua“ des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums Burghausen aus. Vorgestellt wurde es von Anna Emmersberger (18). Sowohl den Bauern als auch der Bildung von Kindern wird finanziell unter die Arme gegriffen. „Die Partnerschaft hat bei uns Tradition und die ganze Schulfamilie ist beteiligt“, erklärte

die Schülerin. Nicht nur die P-Seminare unterstützen immer wieder das Spendensammeln, auch eine Pfandaktion aller Schüler gebe es regelmäßig und selbst vor Ort hätten Schüler schon Hand angelegt. Über die unterschiedlichen Perspektiven von Menschen in Bangladesch und Deutschland haben sich die Schüler der 9b des St.-Gotthard-Gymnasiums Niederaltötting Gedanken gemacht. „2011

wurde die Partnerschaft mit Shanti in Bangladesch abgeschlossen“, berichtete Sophia Barth (15). Im Rahmen des Projekts „Was siehst du, was ich nicht sehe?“ – Perspektiven wechseln“ gestalteten die Schüler 17 Banner und verglichen unter anderem Heiligtümer, Landwirtschaft und Viehzucht und Schulbildung.

Den dritten Platz teilen sich das Maria Ward Gymnasium Altötting,

das Gisela-Gymnasium Passau-Niederburg und das Robert-Koch-Gymnasium Deggendorf. Während Johanna Schröck erklärte, wie ihre Klasse 5a unter dem Motto „Solidaritätsmarsch – Laufend Gutes tun“ Spenden für Kinder in Senegal sammelte, berichtete Elena Gallinger (19) von der „Gisela-Severin-Olympiade“, einem Sportfest der Niederringer SchülerInnen mit Behinderten der

Passauer K-Schule. Die Deggendorfer Teilnehmer setzten sich mit unterschiedlichen Aspekten des fairen Handelns auseinander. Die Sonderpreise gingen an das Gymnasium Leopoldinum Passau für das Projekt „Aktion alpha“, das seit mehr als 20 Jahren ein Kinderdorf in Guarabira/Brasilien unterstützt, sowie an das Auersperg-Gymnasium Passau-Freudenhain für seine langjährige Unterstützung einer Schule in Bethlehem/Uganda.

Als Schirmherr überreichte Bernd Sibler den „Von-Mensch-zu-Mensch-Sozialpreis“ sowie die Urkunden an die Vertreter der Gymnasien. DDR-Axel Diekmann, Vorsitzender des Stiftungsrates, betonte, dass der Sozial-Stiftungspreis für alle Schularten im Verbreitungsgebiet verliehen werden soll. „Wir freuen uns schon auf die Bewerbungen der Realschulen im kommenden Jahr.“

TEILNEHMENDE SCHULEN:

Kurfürst-Maximilian-Gymnasium Burghausen, St.-Gotthard-Gymnasium Niederaltötting, Maria Ward Gymnasium Altötting, Gisela-Gymnasium Passau-Niederburg, Robert-Koch-Gymnasium Deggendorf, Gymnasium Leopoldinum Passau, Auersperg-Gymnasium Passau-Freudenhain, Gymnasium Freyung, Gymnasium Zwiessel, Maristengymnasium Fürstentzell, Karl-von-Closen-Gymnasium Eggenfelden, Gymnasium Vilshofen, Wilhelm-Diess-Gymnasium Pocking, Tassilo Gymnasium Simbach am Inn, Gymnasium Untergriesbach, Landgraf-Leuchtenberg-Gymnasium Grafenau, König-Karlmann-Gymnasium Altötting, Gymnasium Pfarrkirchen, Johannes-Heidenhain-Gymnasium Traunreut, Comenius Gymnasium Deggendorf.



Die Jury mit Stiftungsbeauftragter Eva Maria Fuchs (2.v.r.): Anna Eder (v.l.), Dieter Prenninger-Hackl, Gertraud Brunnbauer und Erika Paul.



Sophia Barth nahm den 2. Preis von Bernd Sibler entgegen.



Anna Emmersberger stellte das Siegerprojekt vor.



Die Jazz-Kombo des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums Burghausen sorgte für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung.

Opposition kritisiert Pläne für Heimatministerium

Bayreuth. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will Kommunen in strukturschwachen Gebieten stärker unter die Arme greifen. „Wir müssen Mittel finden, um diesen Kommunen zu helfen“, sagte er auf der Vollversammlung des

Bayerischen Städtetags gestern in Bayreuth. SPD-Spitzenkandidat Christian Ude forderte „eine Entschuldungshilfe, die nicht zulasten des kommunalen Finanzausgleichs gehen darf.“ Klammern Kommunen in Nordostbayern könnten

ihre Finanzen selbst dann nicht in den Griff bekommen, wenn sie alle freiwilligen Leistungen strichen. Margarete Bause (Grüne) warnte vor einer „Förderung mit der Gießkanne“. Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD) hatte bereits am

Vortag mehr Unterstützung für schwache Kommunen angemahnt. Die Staatsregierung müsse Behörden oder Hochschulen ansiedeln. So würden Orte, die unter Bevölkerungsschwund leiden, attraktiver. Herrmann: „Wir müssen in

strukturschwachen Gebieten zusätzliche Akzente setzen.“ Auf Kritik bei den Oppositionspolitikern stießen die Pläne von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), einen Heimatminister in Bayern zu installieren. „Ich würde am Innen-

ministerium nicht rütteln. Das ist das klassischste Ministerium, das wir haben“, und sei auch für die Kommunen zuständig, sagte Ude. Seehofer hatte in Aussicht gestellt, das neue Ministerium in Franken anzusiedeln. – dpa

LESERBRIEFE

Lebendiges Bairisch

Zum Bericht „Dialektpfleger attackiert Sprachforscher“ vom 9. Juli.

„Schon im Dezember 2011 erschien im Münchner Merkur ein Artikel über eine Vereinsneugründung ‚Bund Bairische Sprache‘ durch den selbsternannten Dialektologen Sepp Obermeier. Seinem alten ‚Förderverein Bairische Sprache und Dialekte‘ gehörte auch ich einige Zeit an. Als aber der Streit um phonetische Schreibweisen und andere meines Erachtens unwichtige Sachen überhandnahm, sagte ich mir: Boarisch redn kann i scho lang, da muass net glei a Verein her! No dazu oana, wo blos gstrittn werd. Wenn sich aber jetzt dieser Dialektpfleger dazu äußert, der Dialekt verschwinde, sollte man darauf hinweisen, auch Bairisch ist eine lebendige Sprache. Man kann nicht verhindern, dass manche Worte, besonders solche, die nicht mehr gebraucht werden, verschwinden. Aber keine Sorge, der Dialekt lebt und wirkliche Kenner wie Dr. Rawley bestätigen uns das. Es ist eine Frechheit, die Äußerungen Rawleys infrage zu stellen und solche lächerlichen

Sachen wie eine tschüsfree Zone zu propagieren. Sind wir doch froh, dass es viele Dialekte gibt und nicht nur einseitige Verteidiger einzelner Worte.“

Wolf F. Dangl
Passau

Kein Generalverdacht

Zum Bericht „NSA-Affäre belastet die Verhandlungen und befeuert den Wahlkampf“ vom 9. Juli.

„Leider wird im Zusammenhang mit einer ‚anlasslosen Speicherung und Auswertung von Telekommunikationsdaten‘ durch den Bundesnachrichtendienst immer wieder der Begriff ‚Generalverdacht‘ verwendet, obwohl dieser etwas völlig anderes bedeutet, nämlich: jedes Mitglied einer Gruppe, zum Beispiel der NSU oder einer Kameradschaft, wird verdächtig, kriminell zu sein oder sich an einer Mordserie beteiligt zu haben. Nur durch eine ‚anlasslose‘ Vorratsspeicherung aller Bürger, wie sie die CDU und vor allem auch die CSU mit Horst Seehofer an der Spitze vertreten, können oft im Verdachtsfall durch die Aufdeckung früherer Kontakte Beweise

für terroristische Anschlagpläne erbracht werden. Es ist bedauerlich, dass sogar die Bundesjustizministerin, Frau Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), und ihre Partei sowie die anderen Parteien diese logischen Zusammenhänge nicht erkennen. Wenn Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, meint, „dass die Amerikaner alle Bundesbürger unter Generalverdacht stellen“, so finde ich das einfach lächerlich. Dass die NSA Amerikas eventuell mehr als nur Terrorzellen in Deutschland aufspüren will, muss natürlich geklärt werden. Das ist etwas ganz anderes als ein Generalverdacht. Jeder von uns möchte Sicherheit, auch wenn es absolute Sicherheit nicht gibt. Solange der Zugriff zu den Daten gesichert und jemand nicht kriminell ist, braucht er sich wegen des Datenschutzes wirklich nicht so aufzuregen.“

Edeltraud Knieriemen
Haarbach

Selbstherrliche Richter

Zum Bericht „Zwist im Fall Mollath – Einigkeit beim NSU“ vom 10. Juli.

„Auf die Passauer Müllabfuhr ist Verlass! Gleiches kann man leider nicht von jedem Gericht behaupten. Deshalb ist der Fall Mollath kein Einzelfall, höchstens von der Dimension her. Richterliche Unabhängigkeit ist zweifellos ein hohes Gut, darf aber nicht zum Freibrief zur Willkür für selbstherrliche Richter entarten. Wenn dann auch noch ein Oberlandesgericht dessen verschrobener Argumentation folgt, nur um den Schein einer heilen Justizwelt zu wahren, wird es für den Rechtsstaat gefährlich. Beispielsweise wurde ich kürzlich in einen harmlosen Fall hineingezogen. Im Schriftwechsel wurde vom Gericht mein Name Stumvoll mehrfach fälschlich mit Stumvoll angegeben. Ich fühlte mich daher nicht betroffen und lehnte ab. (...). Mit solchen Verwechslungen hatte meine Familie zeitlebens zu kämpfen, da es in Passau außer meinem Vater, Transportunternehmer Fritz Stumvoll, auch noch Herrn Fritz Stumvoll, Mitarbeiter im Stadtbauamt, gab. Wegen der schlampigen Schreibweise erhielten wir wechselseitig Post des jeweils anderen Stumf/voll, was zu ungeahnten Komplikationen – etwa bei Zahlungszielen oder Einspruchsfristen

– führte. Aus Erfahrung musste ich also auf korrekter Schreibweise meines Namens bestehen und begründete dies bei Gericht wie vorstehend. Die Realität meiner Einwände wurde vom Richter als ‚absurd‘ lächerlich gemacht (...).“

Alfred Stumvoll
Passau

Zu wenig getan

Zum gleichen Thema.

„Alle, die zur Zwangseinweisung von Herrn Mollath bisher beigetragen haben, müssten nach meiner ganz ehrlichen Meinung mindestens eine Woche unter den gleichen Bedingungen in der Psychiatrie verbringen. Jeder, selbst diese Frau Merk bis hin zum Herrn Ministerpräsidenten, macht aktuell ein riesiges Fragezeichen hinter dieser Zwangseinweisung. Nach sieben unvorstellbar brutal langen Jahren für den Menschen Mollath ist das ganz einfach zu wenig! So lange man sich nicht hundertprozentig sicher ist, ob diese Zwangseinweisung mit den bestehenden Gesetzen, unserer Verfassung und der Menschenwürde vereinbar ist, müsste eigentlich oder richtiger zwingend, die Un-

schuldsvermutung gelten! (...) Überdies muss man den Eindruck haben, dass die amtierende Justizministerin Merk, die ‚Akte Mollath‘ nicht einmal in die Hand genommen hätte, wenn nicht der Herr Ministerpräsident persönlich Druck aufgebaut hätte, ein menschenunwürdiger Skandal und ein gewaltiges Armutsergebnis für unsere Demokratie!“

Alois Krompaß
Passau

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94030 Passau. Fax: 0851/802347. E-Mail: Leserforum@pnp.de.